

CSU-Fraktion, Unterer Graben 77, 85049 Ingolstadt

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Christian Lösel

Datum 03.04.2017

Telefon (0841) 9 38 04-15

Telefax (0841) 9 38 04-24

E-Mail fraktion@csu-ingolstadt.de

Gremium	Sitzung am
Stadtrat	26.04.2017
Verwaltungsrat der Ingolstädter Kommunalbetriebe	18.07.2017
Stadtrat	27.07.2017

Verunreinigung der Umwelt mit Abfall, Feststellung der Verursacher und Ahndung der Zuwiderhandlung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die CSU-Stadtratsfraktion stellt folgenden **Antrag**:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, illegale Abfallentsorgung verstärkt zu verfolgen sowie das Wegwerfen von Abfall zu bekämpfen.
2. Verursacher von illegaler Abfallentsorgung oder weggeworfenem Abfall werden im Rahmen der bestehenden Gesetze verstärkt als Straftäter zur Anzeige gebracht oder nach dem Ordnungswidrigkeitenrecht verfolgt.

Begründung:

Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und die Sauberkeit unserer Umwelt sind ein hohes Gut. Bei den laufenden Ramadama-Aktionen müssen viele engagierte Bürger in gleicher Weise wie Spaziergänger in der freien Natur oder auch Landwirte in der Flur feststellen, dass diesem hohen Gut nicht von jedermann der Stellenwert eingeräumt wird, der ihm zukommt.

Kinder lernen bereits im Kindergarten und in der Schule über Abfallvermeidung, Abfalltrennung und Wiederverwertung. Die Ingolstädter Kommunalbetriebe AöR bieten mit ihren Wertstoffhöfen, der Problemmüllsammelstelle und der kostenlosen Sperrmüllabfuhr ausreichende und hinlänglich bekannte Möglichkeiten der Abfallentsorgung. Abfallsammelbehälter sind in großer Zahl und in hinreichender Aufnahmefähigkeit im gesamten Stadtgebiet verteilt.

Dennoch entsorgen immer wieder Umweltsünder ihren Müll in der freien Natur und an Wertstoffcontainern oder nutzen Verbindungswege abseits von Bebauung und sozialer Kontrolle dazu, Dosen, Fastfoodverpackungen, Flaschen, Zigarettenkippen e. a. zu entsorgen. Auch sonst wird auf Straßen und Wegen weggeworfen, was die Verursacher nicht bis zum nächsten Abfalleimer tragen möchten.

Die Verwaltung sollte mit bereits vorhandenem Personal, z. B. bei Ordnungsdienst, Umweltamt oder Stadtreinigung, solche illegalen Ablagerungen verstärkt feststellen und wo immer möglich die Verursacher ermitteln. Diese werden dann im Rahmen der bestehenden Gesetze zur Rechenschaft gezogen. Nur wenn eine Gesellschaft nicht nur die Folgen von Fehlverhalten weniger auf Kosten der Allgemeinheit beseitigt, sondern auch die Verursacher von Fehlverhalten konsequent verfolgt, wird das Bewusstsein, es handle sich hier nicht nur um ein von Bequemlichkeit diktiertes Kavaliersdelikt, das dann schon jemand wieder in Ordnung bringt, sondern ein Vergehen gegen uns alle, gestärkt.

Für die CSU-Stadtratsfraktion

gez. Franz Wöhrl
Stadtrat